



HISTORISCH- POLITISCHE MITTEILUNGEN

**ARCHIV FÜR
CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE
POLITIK**

HISTORISCH-POLITISCHE MITTEILUNGEN

Archiv für Christlich-Demokratische Politik

Im Auftrag der
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
herausgegeben von
Michael Borchard, Thomas Brechenmacher, Günter Buchstab,
Hans-Otto Kleinmann und Hanns Jürgen Küsters

26. Jahrgang
2019

Böhlau Verlag Wien Köln Weimar

HISTORISCH-POLITISCHE MITTEILUNGEN
Archiv für Christlich-Demokratische Politik
26. Jahrgang 2019

Im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
herausgegeben von

Dr. Michael Borchart, Prof. Dr. Thomas Brechenmacher, Dr. Günter Buchstab,
Prof. Dr. Hans-Otto Kleinmann und Prof. Dr. Hanns Jürgen Küsters
Redaktion: Dr. Wolfgang Tischner, Dr. Christopher Beckmann

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
Wissenschaftliche Dienste / Archiv für Christlich-Demokratische Politik
Rathausallee 12
53757 Sankt Augustin
Tel. 02241 / 246 2240
Fax 02241 / 246 2669
E-Mail: zentrale-wd@kas.de
Internet: www.kas.de

© 2019 by Böhlau Verlag GmbH & Cie., Wien Köln Weimar
Lindenstr. 14, D-50674 Köln, www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com
Alle Rechte vorbehalten

Satz: SchwabScantechnik, Göttingen
ISSN: 0943-691X
ISBN: 978-3-412-51846-2

Bezugsbedingungen:
Erscheinungsweise: jährlich. Preise: € 20,- [D] / € 21,- [A].
Jeweils zzgl. Versandkosten. Preisänderungen vorbehalten.

Die Bezugsdauer verlängert sich, wenn das Abonnement nicht bis zum
01.10. gekündigt wird. Die Kündigung ist schriftlich zu richten an den
Leserservice Brockhaus Commission, Kreidlerstr. 9, 70806 Kornwestheim,
Tel.: (0 71 54) 13 27 75, Fax: (07154) 13 27-13, E-Mail: r.haesler@brocom.de.

Inhalt

ESSAYS

<i>Thomas Brechenmacher</i>	5
70 Jahre Israel. Die <i>Shoah</i> als Faktor der Staatsgründung?	
<i>Matthias Oppermann</i>	15
„Studentischer Karneval“. Raymond Aron und die Ereignisse des Mai 1968	

AUFSÄTZE

<i>Michael Schellhorn</i>	27
„Mit dem Zentrum niemals!“ Alfred Hugenberg und die Deutsche Zentrumspartei in der Endphase der Weimarer Republik (1928–1933)	
<i>Bertram Triebel</i>	65
Innenleben einer Blockpartei. Die Thüringer CDU in der DDR und ihre Mitglieder	
<i>Norman Siewert</i>	87
Ernst Nolte und Armin Mohler – zwei Intellektuelle zwischen Liberal- und Radikalkonservatismus	
<i>Rudolf Morsey</i>	117
Hans Buchheims Forschungsprojekt (1963–1966) „Die Politik der Bundesregierung Adenauer“: Früher Zugang zu amtlichem Schriftgut im Bundeskanzleramt – aber (zu) späte Publikation von Teilergebnissen	
<i>Peter Rütters</i>	153
Querelen um das Amt des Alterspräsidenten im Deutschen Bundestag	

AUS ARCHIVEN

<i>Andreas Schirmer</i>	173
Der Nachlass Ludwig Erhards im Archiv der Ludwig-Erhard-Stiftung	

CHRISTLICHE DEMOKRATEN IM EXIL

<i>Hanns Jürgen Küsters</i>	181
Einführung	
<i>Rudolf Morsey</i>	185
Ludwig Kaas – Exilant in Rom und im Vatikan (1933–1952)	
<i>Wolfgang Tischner</i>	207
Christen in der Volksfront? Die Exil-KPD, die katholische Kirche und das Nationalkomitee „Freies Deutschland“ 1933–1945	
<i>Oliver Salten</i>	223
Die Exil-CDU – ein wenig beachteter Akteur im Kalten Krieg	
<i>Natalia Urigüen López de Sandaliano</i>	245
Franco’s repression of Spanish Christian Democracy: the “Munich Conspiracy”	
NEUERSCHEINUNGEN ZUR CHRISTLICHEN DEMOKRATIE ...	257
Abstracts – Résumés – Zusammenfassungen	271
Mitarbeiter dieses Bandes	283

ESSAYS

70 Jahre Israel. Die Shoah als Faktor der Staatsgründung?*

Thomas Brechenmacher

Der deutsch-jüdische Publizist Bruno Blau schrieb 1951 aus dem New Yorker Exil einen Artikel für die „Frankfurter Hefte“ mit dem Titel „Der Staat Israel im Werden“. Dieser Artikel begann so:

„Der Staat Israel verdankt, so seltsam dies auch erscheinen mag, seine Errichtung den Ereignissen, die sich während der zwölf Jahre des ‚Tausendjährigen Reiches‘ zugetragen haben. Ob die Vereinten Nationen diesen Judenstaat, den Theodor Herzl und seine Anhänger ersehnten, auch ohne jene Ereignisse wahr gemacht hätten, ist sehr fraglich. So aber wollte und mußte man eine Zufluchtsstätte für die zahlreichen Opfer des Nazismus schaffen, und schließlich auch für jene Menschen, denen vielleicht ein gleiches Schicksal bevorstanden hätte.“¹

Blau, eine der Gründerfiguren der wissenschaftlichen Statistik des Judentums,² persönlich kein Zionist, aber doch ein aufmerksamer und gut informierter Beobachter jüdischer Schicksale in aller Welt, stellte hier einen kausalen Zusammenhang her zwischen den vom nationalsozialistischen Deutschland begangenen Verbrechen an den Juden Europas, die in die planmäßige Vernichtung – die *Shoah* – mündeten, und der Gründung des Staates Israel. Blau war nicht der erste, der diese These aufgestellt hat. Aber er formulierte sie früh für den deutschen Nachkriegskontext, an prominenter Stelle – in dem von Walter Dirks und Eugen Kogon seit 1946 herausgegebenen „linkskatholisch“-kulturpolitischen Organ – und fast mustergültig pointiert. Für Blau, der die Verfolgung in Deutschland selbst nur knapp überlebt hatte, stand außer Frage: Der Eindruck des millionenfachen Mordes musste einfach so stark sein, dass den Verantwortlichen für eine globale Nachkriegsordnung gar nichts anderes übrig blieb, als den jüdischen Staat jetzt zu schaffen.

Aus den unterschiedlichsten Blickwinkeln, jüdisch-zionistischen wie nicht-jüdischen, geschichts- wie realpolitischen, scheint die These unmittelbar evi-

* Verschriftlichte und etwas erweiterte Fassung meines Kurzvortrags auf der Konferenz der Konrad-Adenauer-Stiftung „70 Jahre Israel“ in Berlin am 11. Juni 2018. Die essayistische Form wurde beibehalten.

1 Bruno Blau: Der Staat Israel im Werden, in: Frankfurter Hefte. Zeitschrift für Kultur und Politik 6 (1951), S. 927–932, hier 927.

2 Zu Blau vgl. Thomas Brechenmacher/Christoph Bothe: Bruno Blau. Ein deutsch-jüdisches Leben. Berlin 2018.

dent zu sein. Sie ist „griffig“, einprägsam und wie viele historiographische Einführungen hervorragend geeignet, unterschiedlichen legitimatorischen Zwecken Vorschub zu leisten. Noch pointierter als bei Blau lautet sie: „Ohne Holocaust kein Israel“; am pointiertesten: „Ohne Hitler kein Israel“.³

In exakt diesem Wortlaut wurde die These mehr als ein Vierteljahrhundert nach Blau geradezu ins allgemeine Geschichtswissen der Bundesrepublik implantiert, durch eines ihrer populärsten und bis heute weit verbreiteten Geschichtsbücher, Sebastian Haffners „Anmerkungen zu Hitler“: „Zum ersten Mal seit fast zweitausend Jahren haben die Juden seit Hitler wieder einen Staat – einen stolzen und ruhmbedeckten Staat. Ohne Hitler kein Israel.“⁴ Auch in einem gerade an Multiplikatoren wie Studenten und Lehrer gerichteten vielrezipierten historischen Lehrwerk der späten 1980er Jahre, Imanuel Geiss' „Geschichte im Überblick“, ist Ähnliches zu lesen.⁵ Haffner und Geiss verbanden mit ihren Geschichtsbüchern durchaus einen aufklärerischen Impetus, weniger aber politische Ambitionen. Geschichtspolitisch-legitimatorisch wurde die These während der Kanzlerschaft Helmut Schmidts wirksam, als sie dazu diente, eine eigenwillige Volte der bundesdeutschen Nahost-Politik zu legitimieren: Wenn „Hitler“ die Ursache für die Gründung Israels war, musste er dann nicht auch am israelisch-palästinensischen Konflikt zumindest mit „schuld“ sein, und war es dann nicht auch Pflicht der Bundesrepublik, sich für die Palästinenser einzusetzen?⁶ Der damalige israelische Premierminister Menachem Begin war mit dieser Art von „Verantwortungsschach“ nicht einverstanden, und nicht zuletzt deshalb verschlechterte sich das bundesrepublikanisch-israelische Verhältnis während der Schmidt-Jahre erkennbar.⁷

-
- 3 Michael Wolffsohn hat den „Mythencharakter“ der „Hitler-Israel-These“ wiederholt dekonstruiert; z. B. Michael Wolffsohn: *Ewige Schuld? 40 Jahre deutsch-jüdisch-israelische Beziehungen*. München 1988, S. 10–20; ders.: *Die ungeliebten Juden. Israel – Legenden und Geschichte*. München/Zürich 1998, S. 47–51; ders.: *Auferstanden – Die Gründung Israels: Geschichte und Legenden*, in: Hardy Ostry (Hg.): *50 Jahre Israel*. Trier 1999, S. 13–32, hier 28–32.
- 4 Sebastian Haffner: *Anmerkungen zu Hitler*. 205.–216. Tausend Frankfurt am Main 1990, S. 142. Das Buch, zuerst erschienen 1978, erlebte bis 2003 im Kindler Verlag vier, in der Taschenbuchausgabe des Fischer Verlages bis 2008 27 Auflagen (Übersetzungen ins Englische, Französische, Niederländische). Seit 2001 liegt es auch als Hörbuch vor. 1978/79 stand es 43 Wochen lang auf dem ersten Platz der „Spiegel“-Bestsellerliste (Angaben nach Wikipedia).
- 5 Imanuel Geiss: *Geschichte im Überblick. Daten und Zusammenhänge der Weltgeschichte*. Überarb. und erw. Neuausgabe Hamburg 2000 (zuerst 1986, Neudruck zuletzt 2006), S. 415: „Der größte Antrieb zur Gründung des Staates Israel, auch als Kompensation für das schlechte Gewissen des Westens gegenüber Juden während der Verfolgungen in NS-Deutschland, war der Völkermord an den europäischen Juden – ‚Endlösung‘, ‚Holocaust‘.“
- 6 Wolffsohn: *Ewige Schuld?*, S. 19.
- 7 Vgl. Michael Wolffsohn/Thomas Brechenmacher: *Israel*, in: Siegmund Schmidt/Gunther Hellmann/Reinhard Wolf (Hg.): *Handbuch zur deutschen Außenpolitik*. Wiesbaden 2007, S. 506–520, hier 512; *Dokumente in Rolf Vogel (Hg.): Der deutsch-israelische Dialog*.

Ohne an dieser Stelle alle Varianten der These vom kausalen Zusammenhang zwischen „Hitler“/Shoah und der Gründung Israels einschließlich ihrer möglichen Zwecke durchspielen zu können, sei mit Blick auf Israel selbst, seine Gründer und die späteren israelischen Interpretatoren der Staatsgründung gefragt, in welcher Hinsicht denn ein Ereignis wie die *Shoah* überhaupt eine Rolle spielen *konnte*? Zu unterscheiden sind dabei drei Ebenen: eine moralisch-legitimatorische (I.) und eine kausal-faktische (II.) im direkten Zusammenhang mit der Staatsgründung sowie eine geschichtspolitische im Rahmen deren nachgelagerter historisch-politischer Beurteilung (III.).

I.

Die israelische Unabhängigkeitserklärung vom 14. Mai 1948 nennt die *Shoah* als einen von mehreren Legitimationsfaktoren des jüdischen Staates: „Die Katastrophe, die in unserer Zeit über das jüdische Volk hereinbrach und Millionen von Juden in Europa vernichtete, bewies unwiderleglich aufs neue, daß das Problem der jüdischen Heimatlosigkeit durch die Wiederherstellung des jüdischen Staates im Lande Israel gelöst werden muß.“⁸ Die offizielle Gründungserzählung formuliert imperativisch: Ein jüdischer Staat sei nun noch dringlicher als ehe- dem schon, weil es diese Katastrophe gab. Das war nicht zuletzt das Ergebnis einer narrativen Strategie des späteren Staatsgründers David Ben Gurion, der seit etwa Mitte 1944 begann, die Judenvernichtung in Europa in seine Reden über die Notwendigkeit eines unabhängigen jüdischen Staates einzubauen.⁹

Zweifellos zählte die *Shoah* zu den Legitimationsfaktoren, die das Nachdenken und Reden über eine Staatsgründung in den letzten Kriegsjahren und in der unmittelbaren Nachkriegszeit verändert und die Staatsgründung selbst atmosphärisch antizipiert haben. Die zionistische Bewegung brachte den Mord an den europäischen Juden als Argument für eine Staatsgründung durchaus in Anschlag. Überlebende tatsächlich zu retten, wurde jedoch kaum als Schwerpunkt der Tätigkeit der führenden Zionisten in der vorstaatlichen jüdischen Gemeinschaft in Palästina (*Jischuw*), allen voran David Ben Gurions, angesehen. Neben dem Gefühl, den Ereignissen in Europa gegenüber ohnehin machtlos zu sein, spielte dabei auch eine gewisse Verachtung der jüdischen Diaspora eine Rolle: Die noch in Europa verbliebenen Juden hätten schon viel früher auf den Appell des Zionismus hören und auswandern können, ja müssen!¹⁰

Ben Gurion tendierte dazu, die Flüchtlingsfrage eher den Repräsentanten des Zionismus zu überlassen, die von außerhalb Palästinas agierten und mit denen er

Dokumentation eines erregenden Kapitels deutscher Außenpolitik. Teil I: Politik, Bd. 2. München/New York 1988, S. 601–805.

8 Druck bei Timm (Hg.): Friedensinitiativen (wie Anm. 15), S. 139–141, hier 139.

9 Tom Segev: David Ben Gurion. Ein Staat um jeden Preis. München 2018, S. 369.

10 Ebd., S. 349, 353 f., 362, 373.

phasenweise in heftigem Streit lag. Im Mai 1942 sprach die Abschlusserklärung der Biltmore-Konferenz, einer Art außerordentlichem Zionistenkongress in einem New Yorker Hotel, direkt das Unglück der „Juden in den Ghettos und Konzentrationslagern des von Hitler beherrschten Europa“ an und appellierte an die britische Mandatsmacht, die „Tore Palästinas“ für die jüdische Einwanderung endlich zu öffnen.¹¹ Auf dem ersten Nachkriegszionistenkongress in Basel im Dezember 1946 forderte der Präsident des Jüdischen Weltkongresses, Chaim Weizmann, in seiner Eröffnungsrede fast ultimativ die Staatsgründung, die angesichts der sechs Millionen Ermordeten und dem Leid der überlebenden jüdischen Flüchtlinge mehr denn je eine „moralische Pflicht“ sei.¹² Wo anders sollten – dieser Perspektive zufolge – die Überlebenden legitimerweise eine Zuflucht finden als in einem jüdischen Staat in Palästina? Auch Nahum Goldmann, Funktionär des Weltkongresses und der Jewish Agency, und Louis Brandeis, exponierter Vertreter des amerikanischen Zionismus, argumentierten und agierten in diese Richtung.¹³ Goldmann, seit 1949 Nachfolger Weizmanns als Präsident des Jüdischen Weltkongresses, hat noch lange nach der Staatsgründung bezweifelt, „ob der jüdische Staat ohne Auschwitz heute bestehen würde“.¹⁴

II.

Doch wie stark war der Ursache-Wirkungs-Zusammenhang wirklich? Gehörte die *Shoah* zu den *notwendigen* Voraussetzungen der Gründung Israels? Um hier deutlicher zu sehen, ist nach den regionalen und globalen Problemlagen zu fragen, die nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs überwunden werden mussten – „gelöst“ wäre ein Euphemismus –, um den jüdischen Staat zu etablieren.

-
- 11 Declaration adopted by the Extraordinary Zionist Conference at the Biltmore Hotel of New York City, 11 May 1942, <https://unispal.un.org/UNISPAL.NSF/0/f86e0b8fc540dedd85256ced0070c2a5> (Abruf 20. September 2019); vgl. auch James Gelvin: *The Israel-Palestine Conflict. One Hundred Years of War*. Cambridge 2005, S. 122, und Timm (Hg.): *Friedensinitiativen* (wie Anm. 15), S. 102 f.; in der Erklärung v. a. Punkt 2 und 8.
 - 12 Presidential address by Chaim Weizmann, Twenty-Second Zionist Congress Basle, 9th December, 1946. ND Frankfurt am Main 2001, hier bes. S. 12.
 - 13 Vgl. dazu z. B. Nahum Goldmann: *Mein Leben als deutscher Jude*. München/Wien 1980, S. 356; desgl. die von Goldmann überlieferte Äußerung von Louis Brandeis, „als uns die ersten Nachrichten über die Judenvernichtung in den KZs erreichten [...]„Jetzt brauchen wir den Zionismus nicht mehr zu begründen. Hitler hat bewiesen, daß eine jüdische Heimstatt nötig, die Juden in Palästina, daß sie möglich ist.“ Nahum Goldmann: *Staatsmann ohne Staat*. Autobiographie. Köln/Berlin 1970, S. 261 f.; Ervin Pollack (Hg.): *The Brandeis Reader*. New York 1956; [Louis D. Brandeis:] *Brandeis on Zionism*. Washington D.C. 1942 [Reprint 1999].
 - 14 Nahum Goldmann: *Das jüdische Paradox. Zionismus und Judentum nach Hitler*. Köln/Frankfurt am Main 1978, hier Tb.-Ausg. 1983, S. 126.

Drei zentrale Problemlagen sind zu identifizieren:¹⁵

- 1) die Frage der britischen Mandats Herrschaft und speziell des Verhältnisses der zionistischen Bewegung zu Großbritannien;
- 2) die Araber- beziehungsweise Palästinenserfrage. Auch hier spielt das Verhältnis der zionistischen Bewegung zur britischen Mandatsmacht eine wesentliche Rolle, außerdem beider Verhältnis zu den arabischen Staaten und Bewegungen in der Region;
- 3) die Frage der internationalen Akzeptanz eines jüdischen Staates im Rahmen einer globalen Nachkriegsordnung. Hier ist das Verhältnis der zionistischen Bewegung zu den beiden Großmächten USA und Sowjetunion berührt, aber auch jenes zur internationalen Völkergemeinschaft, wie sie sich im Verbund der „Vereinten Nationen“ neu konstituierte.¹⁶

1) Mandats Herrschaft

Unter den Augen der britischen Mandatsmacht und mit deren Zusicherung aus der Balfour-Erklärung vom November 1917, die Errichtung einer „nationalen Heimstätte in Palästina für das jüdische Volk“ fördern zu wollen, hatte die zionistische Bewegung seit dem Ende des Ersten Weltkriegs mit dem Aufbau einer „vorstaatlichen Gemeinschaft“ – des *Jischuw* – begonnen und dessen institutionelle Ausgestaltung weit vorangetrieben. Mit diesem „Staat auf dem Weg“ war eine zukünftige Staatsgründung bereits von langer Hand vorbereitet. Die entscheidende und unter den zionistischen Politikern durchaus umstrittene Frage war freilich, wie diese Staatsgründung im Verhältnis zur Mandatsmacht umgesetzt werden sollte: mit oder gegen sie? Die Politik der Briten ihrerseits gegenüber dem *Jischuw* war uneindeutig, und das gegenseitige Verhältnis verschlechterte sich über die 1930er Jahre hinweg dramatisch. Um einer „nationalen Heimstätte für das jüdische Volk“ willen waren die Briten immer weniger bereit, Konflikte mit den Arabern zu riskieren, zumal nicht nach dem arabischen Aufstand von 1936 bis 1939. Vor allem widersetzten sich die Briten zunehmend einer der zentralen Forderungen der Zionisten: der-

15 Zur Geschichte Israels und zum israelisch-palästinensischen Konflikt liegt eine Masse an Literatur vor. An dieser Stelle muss es genügen, einige Empfehlungen auszusprechen. In den genannten Titeln finden sich die nötigen Quellen- und Literaturhinweise sowie Belege für die nachfolgende knappe Argumentation, die auf Einzelnachweise weitgehend verzichtet. – Michael Wolffsohn: *Israel. Legenden und Geschichte; ders.: Wem gehört das Heilige Land? Die Wurzeln des Streits zwischen Juden und Arabern.* München/Zürich 9. Aufl. 2009; ders./Tobias Grill: *Israel. Geschichte, Politik, Gesellschaft, Wirtschaft.* 8. Aufl. Opladen 2016; Colin Shindler: *A History of Modern Israel.* Cambridge University Press 2008; Anita Shapira: *Israel. A History.* Brandeis University Press 2012; Segev: *Ben Gurion; Benny Morris: Righteous Victims: A History of the Zionist-Arab Conflict, 1881–2001.* New York 2001. Nützliche Quellensammlung: Angelika Timm (Hg.): *Friedensinitiativen für Israel und Palästina 1917–2017. 100 Dokumente aus 100 Jahren.* Berlin 2017.

16 Für alle drei Fragen grundlegend: Ritchie Ovendale: *Britain, the United States, and the End of the Palestine Mandate, 1942–1948.* Suffolk 1989.

jenigen nach weiterer Einwanderung von Juden. Je mehr – nun schon eine Folge der nationalsozialistischen Judenverfolgung in Deutschland – die Flüchtlingsströme answollen, umso mehr riegelte die Mandatsmacht Palästina ab. Das sogenannte „Weißbuch“ („White Paper“) vom Mai 1939 – ein Ergebnis auch des arabischen Aufstands – mit seinen äußerst restriktiven Regelungen zur jüdischen Immigration und Landnahme markierte den Tiefpunkt des Verhältnisses vor dem Beginn des Zweiten Weltkriegs.¹⁷

Der Weltkrieg führte zu einer Paradoxie: Einerseits rettete die britische Armee durch ihren Sieg über die deutschen und italienischen Afrika-Verbände den *Jischuw* vor einer drohenden deutschen Invasion; andererseits blieb die Mandatsmacht von den Nachrichten über die Vernichtung der europäischen Juden ungerührt und fand sich nicht bereit, ihre Einwanderungspolitik zu überdenken. Im Gegenteil: Palästina blieb nahezu hermetisch abriegelt. Trotz aller Appelle zionistischer Akteure und trotz des Drucks, den US-Präsident Truman auf die Briten auszuüben versuchte, beharrte die Mandatsmacht auf der Politik des Weißbuches. Dies förderte einerseits die illegale Einwanderung, und fachte andererseits die terroristischen Aktionen der jüdischen Milizen an, die im Untergrund agierten wie eine Freiheitsbewegung gegen eine Besatzungsmacht.

Das Problem der britischen Mandats Herrschaft über Palästina wurde in dieser verfahrenen Situation dadurch „gelöst“, dass sich die Briten schließlich zurückzogen und ihr Mandat im September 1947 an die Nachfolgeinstitution des Völkerbunds, die Vereinten Nationen, übergaben. Die *Shoah* hatte sie jedenfalls nicht dazu bewegen können, dem Gedanken einer jüdischen Staatsgründung näherzutreten.

2) Palästinenserfrage

Auch die Frage des Zusammenlebens zwischen Juden und Arabern wurde von der *Shoah* zwar überschattet aber doch nicht maßgeblich beeinflusst (abgesehen vielleicht davon, dass die europäische Judenkatastrophe den ohnehin bereits schwächeren „revisionistisch“-zionistischen Flügel, der sich eher mit der Idee eines gemeinsamen jüdisch-arabischen Staates hätte anfreunden können, noch weiter in die Defensive brachte). Faktisch herrschte in Palästina spätestens seit dem arabischen Aufstand auch der Kriegszustand zwischen Arabern und Juden unter den Augen der zunehmend hilflosen Mandatsmacht. Der erste, von der sogenannten Peel-Kommission ausgearbeitete Teilungsplan von 1937¹⁸ stieß bei keiner der Parteien auf Zustimmung, bei Zionisten und Arabern ebenso wenig wie bei der Mandatsmacht selbst. „Palästinenserführer“ Amin al-Husseini versuchte sogar das NS-Regime für eine Stellungnahme gegen den Peel-Plan zu gewinnen; seine Affinität zum radikalen Antisemitismus des Nationalsozialismus

17 Vgl. Timm (Hg.): Friedensinitiativen, S. 91–100.

18 Druck ebd., S. 55–72.

ist kein Geheimnis. Für die arabische Seite gab es schlichtweg kein Argument für einen Judenstaat in Palästina; auch die *Shoah* konnte keines sein.

Auch der UN-Teilungsplan vom November 1947¹⁹ stieß bekanntermaßen bei den Arabern nicht nur nicht auf Zustimmung, sondern war für sie Anlass, einen offenen Bürgerkrieg gegen die Juden in Palästina anzuzetteln. Der Teilungsbeschluss führte aber auch die Konstellation herbei, in der die (im *Jischuw* seit langem vorbereitete) Staatsgründung international-politisch möglich wurde. Deshalb musste, um die Hypothese eines unmittelbaren, kausalen Einflusses der *Shoah* auf die Staatsgründung doch noch zu untermauern, am ehesten hier gesucht werden.

3) Internationale Akzeptanz

Israel wurde nicht – wie übrigens auch Bruno Blau in seinem Artikel von 1951 irrtümlich behauptete – durch den Teilungsbeschluss der Vereinten Nationen gegründet, sondern durch die Unabhängigkeitserklärung vom 14. Mai 1948. Aber diese Unabhängigkeitserklärung, die sich natürlich auf den Teilungsbeschluss bezog, konnte nur in einem bestimmten internationalen Kontext erfolgen, zu dem vor allem die beiden Supermächte, USA und Sowjetunion, beitrugen. Dies war, zumindest innerhalb der UN-Vollversammlung, der Fall, wenngleich es trotz massiver Lobbyarbeit der Zionisten bis zuletzt unsicher war, ob die nötige Zweidrittelmehrheit für den Teilungsbeschluss dort zustande kommen würde. Ein überwältigendes Manifest des Völkerhumanismus im Gedenken an die 6 Millionen ermordeter europäischer Juden war der Teilungsbeschluss aber durchaus nicht: 33 Staaten stimmten für ihn, 13 (im wesentlichen arabische) dagegen, zehn (darunter Großbritannien und China) enthielten sich. Dass sowohl die USA als auch (ausgerechnet und überraschenderweise) die Sowjetunion bereits vorab ihre Zustimmung signalisiert hatten, bereitete den Boden für die Zweidrittelmehrheit; dass Frankreich sich in der Abstimmungssitzung für ein „Ja“ entschied, entfaltete weitere Signalwirkung. Im Rahmen der Überzeugungsarbeit und der vorangehenden Debatten spielte die *Shoah* natürlich ihre Rolle – so etwa in der aufsehenerregenden Rede des sowjetischen Repräsentanten vor der UN-Vollversammlung am 14. Mai 1947, in der Gromyko seinerseits den legitimatorischen Schluss von den Ereignissen der *Shoah* auf die Notwendigkeit eines jüdischen Staates zog.²⁰ Wenn auch die Argumentationskraft dieses Schlusses vielfach nur in taktischer Absicht mobilisiert wurde, sprechen starke Indizien für die Annahme, dass er das Zustandekommen des Teilungsbeschlusses doch in hohem Maße beeinflusst hat. Sogar Stalin selbst soll noch in den letzten Kriegsmonaten geäußert haben: „Wir wissen, daß dem jüdischen

19 Druck ebd., S. 109–136.

20 Vgl. Ya'acov Ro'i: From Encroachment to Involvement. A Documentary Study of Soviet Policy in the Middle East, 1945–1973. New York 1974.

Volk in diesen Jahren schweres Unrecht widerfahren ist. Wir werden alles tun, um es wiedergutzumachen.“²¹

Ob die sowjetischen Waffenlieferungen, die zwischen März und August 1948 im *Jischuw* beziehungsweise in Israel ankamen, dann Stalins spezifischer Beitrag zur „Wiedergutmachung“ waren, darf mit Recht dahingestellt bleiben; für die Sowjetunion ging es vor allem darum, im Moment des Rückzugs der Briten einen Fuß im Nahen Osten zu haben. Ungeachtet der Motivation trugen aber diese Waffen sehr wesentlich zum Überleben des *Jischuw* zunächst im „Bürgerkrieg“ gegen die Araber (November 1947 – Mai 1948) und dann des frisch gegründeten jüdischen Staates im ersten israelisch-arabischen Krieg (Mai 1948 – Januar 1949) bei. Aus den Vereinigten Staaten erhielt Israel in dieser Phase keinerlei Unterstützung, im Gegenteil: Präsident Truman hatte sich unmittelbar nach der Abstimmung in der UN-Vollversammlung für ein Waffenembargo über die gesamte Region entschieden. Damit schadete er den Juden sehr viel mehr als den Arabern. Faktisch hieß dies: Die USA waren nicht bereit, sich für die Entstehung eines jüdischen Staates besonders einzusetzen, Shoah hin oder her. Sogar ihre Zustimmung zum Teilungsplan nahm die Truman-Administration im Frühjahr 1948 wieder zurück, zugunsten des Vorschlags einer „treuhänderischen“ UN-Mandatsverwaltung Palästinas, bis die Völker in der Region in der Lage seien, sich selbst zu regieren.

III.

In Israel selbst hatten die überlebenden Opfer der *Shoah* lange keinen guten Ruf; sie wurden eher despektierlich betrachtet, als Teil jener „Lämmerherde“ des europäischen Judentums, die sich widerstandslos habe zur Schlachtbank führen lassen.²² Der Blick auf das historische Ereignis *Shoah* veränderte sich in Israel erst seit dem Eichmann-Prozess von 1961. Unabhängig von der historischen Bewertung des Verhaltens der betroffenen Juden gegenüber der NS-Ausrottungsmaschinerie und dem damit verbundenen wenig sensiblen Umgang mit den überlebenden Opfern wird für die Identifikation der israelischen Gesellschaft ein tief verwurzeltes „Holocaustsyndrom“ diagnostiziert, das sich in der trotzigen Mentalität äußere, „die ganze Welt“ sei gegen Israel.²³

Die Staatsgründungsmythologie wurde während der nationalistisch-religiösen Koalitionsregierung unter Menachem Begin (Likud) seit Mitte 1977 neu akzen-

21 Zit. nach Goldman: Staatsmann ohne Staat, S. 300; etwas anderer Wortlaut dieser von Edvard Beneš überlieferten Aussage in: ders.: Das jüdische Paradox, S. 128 f.: „Bestellen Sie Ihren jüdischen Freunden, daß die Sowjetunion sehr wohl weiß, wie sie zur Zeit leiden, und daß wir alles tun werden, um ihnen einen Ausgleich zu verschaffen.“

22 Grundlegend Tom Segev: Die siebte Million. Der Holocaust und Israels Politik der Erinnerung. Reinbek 1995.

23 Vgl. ausführlich Wolffsohn/Grill: Israel, S. 25–29.

tuiert: Jetzt rückte die *Shoah* geschichtspolitisch und nachgerade regierungsamtlich in den Rang eines Fixpunkts israelischer Staatsräson. War sie in der Unabhängigkeitserklärung von 1948 noch lediglich als einer unter mehreren Faktoren der Staatsgründung genannt worden, wurde sie jetzt als zentraler Faktor herausgehoben.²⁴

Um diese geschichtspolitische Neu- und Umbewertung – deren Ziel nicht zuletzt darin bestand, eine kämpferische und verteidigungsbereite, notfalls auch expansionistische israelische Identität mit größter Nachhaltigkeit zu untersetzen – entbrannte in der Folgezeit eine erbitterte Debatte, eine Art israelischer „Historikerstreit“.²⁵ Darin traten sich „Zionisten/Neozionisten“ und „Antizionisten/Postzionisten“ gegenüber, wobei auf der zionismuskritischen Seite intellektuelle „Postzionisten“ und ultraorthodox-religiöse Antizionisten mitunter eigenartige taktische Allianzen eingingen.²⁶ Wenngleich beide Gruppierungen in ihren Denkweisen und Zielen – postmoderner Dekonstruktivismus hier, religiöser Fundamentalismus da – meilenweit voneinander entfernt liegen, bestand doch Einigkeit in dem Vorwurf, die Zionisten hätten die *Shoah* für die Staatsgründung zynisch ausgenutzt und seien weit davon entfernt gewesen, „alles“ für die Überlebenden zu tun. Der *Jischuw* sei den zionistischen Staatsgründern wichtiger gewesen als die Rettung der verfolgten Juden in Europa. Extreme Positionen, vor allem auf der ultraorthodoxen Seite, gehen sogar so weit, den Zionismus selbst für die *Shoah* verantwortlich zu erklären, während radikal „linke“ Antizionisten die Auffassung von der „Einzigartigkeit der Shoah“ als ein kolonialistisch-zionistisches Narrativ zurückweisen, das dazu diene, die Unterdrückung der palästinensisch-arabischen Bevölkerung zu rechtfertigen.²⁷

Dem gegenüber steht ein mitunter als „revisionistisch“ bezeichneter „Neozionismus“, in dem sich religiöse und ethnische Konzepte von Judentum mit der Absicht vereinigen, die besondere jüdische Berechtigung auf das Land Israel zu unterstreichen und hoch umstrittene Siedlungsprojekte (Westjordanland) zu legitimieren.²⁸

24 Wolffsohn: Israel – Legenden und Geschichte; außerdem Moshe Zimmermann: Wende in Israel. Zwischen Nation und Religion. Berlin 1996.

25 Guter Überblick bei Angelika Timm: Israel. Gesellschaft im Wandel. Opladen 2003, S. 237–272; desgl. Amnon Rubinstein: Geschichte des Zionismus. Von Theodor Herzl bis heute. München 2001, S. 238–309.

26 Rubinstein: Zionismus, S. 276 f.

27 Ebd., S. 277 f.

28 Anita Shapira/Derek J. Penslar (Hg.): Israeli Historical Revisionism. From Left to Right. London/New York 2002.

Fazit

Rolle und Bedeutung der *Shoah* für die Staatsgründung Israels waren und sind in geschichtspolitischen Legitimationsdebatten umstritten. Der Mord an den europäischen Juden diene als argumentativer Spielball auf dem Weg zur Staatsgründung und diene in innerisraelischen „Kulturkämpfen“ über das Wesen des jüdischen Staates und über den Weg seiner Politik auch aktuell noch als rhetorisches Druckmittel, oftmals wenig subtil oder gar pietätvoll. Geschichte kann eben auch als Waffe eingesetzt werden.

Eine nüchterne Faktenprüfung zeigt freilich: Der Staat Israel verdankt seine Entstehung durchaus nicht in kausaler Weise den Ereignissen der „zwölf Jahre“ NS-Deutschland, nicht dessen Diktator, und auch nicht der Judenvernichtung. Dies gilt mit Blick auf das Verhältnis der jüdischen Gemeinschaft in Palästina zur britischen Mandatsmacht, zur arabischen Bevölkerung, wie mit Blick auf die internationalen Konstellationen rund um den UN-Teilungsbeschluss. Der eingangs zitierten Auffassung Bruno Blaus und aller anderen, die von einem (mono-)kausalen Zusammenhang sprechen, wird also zu widersprechen sein. Trotzdem haben diese Ereignisse, allen voran die *Shoah*, für die Gründung des jüdischen Staates in den besonderen Umständen der Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg ihren Stellenwert. Primo Levi versucht diesen Stellenwert, anknüpfend an die Gründungserzählung der Unabhängigkeitserklärung, so auf den Punkt zu bringen: „Der Staat Israel [...] sollte ein Rettungsfloß sein, die Zufluchtsstätte, zu der die in anderen Ländern bedrohten Juden hinströmen konnten. So sah die Idee der Gründerväter aus, und sie war vor der nazistischen Tragödie entstanden. Die nazistische Tragödie hat sie vertausendfacht. Dieses Land der Rettung wurde nun unbedingt gebraucht.“²⁹ Dies alles trifft zu, wie andererseits zutrifft, dass der Staat Israel auch ohne diese Tragödie mit größter Wahrscheinlichkeit gegründet worden wäre. „Israel ist in erster Linie durch die politische, wirtschaftliche, gesellschaftliche und militärische Leistung seiner Gründer errichtet worden“, schreibt Michael Wolffsohn.³⁰ Aber die Gründung erfolgte konkret im Lichte der Tragödie, so dass sich mit Tom Segev schließen lässt, der die Staatsgründung wie „auch alle anderen besonders schicksalsschweren Entscheidungen in der Geschichte Israels im Schatten des Holocaust“ stehen sieht.³¹

29 Primo Levi: „Ich suche nach einer Lösung, aber ich finde sie nicht.“ Im Gespräch mit Ferdinando Camon. München/Zürich 1993, S. 61 f.

30 Wolffsohn: *Ewige Schuld?*, S. 18 f.

31 Segev: *Die siebte Million*, S. 21 f.

„Studentischer Karneval“. Raymond Aron und die Ereignisse des Mai 1968

Matthias Oppermann

Wer immer an die befreiende Wirkung des Mai 1968 glaubt, sollte sich folgenden Vorgang vergegenwärtigen: Ein international renommierter Soziologieprofessor soll an einer der ältesten deutschen Universitäten den Montaigne-Preis der Hamburger Stiftung F.V.S. erhalten und anlässlich der Verleihung einen Vortrag halten. Die „offizielle Studentenvertretung“ fordert ihn auf, nach dem Vortrag für eine Diskussion zur Verfügung zu stehen. Der Rektor übermittelt diese Forderung und gibt zu bedenken, dass man mit „gewissen Störversuchen“ rechnen müsse, wenn der auswärtige Professor sich weigere.¹ Der will nicht nein sagen, hat aber seinerseits Forderungen:

„[B]estimmte Bedingungen müssen meiner Ansicht nach erfüllt werden. [...] Wenn die Tübinger Studenten eine Diskussion mit mir haben wollen, sollen sie sich jedenfalls direkt an mich wenden und mich einladen. Einladung vielleicht, Aufforderung oder Ultimatum, nein. [...] Wenn [...] die Studenten meinen Vortrag stören oder unmöglich machen, werde ich die Sache mit so viel Humor als möglich hinnehmen [...]. Lassen Sie mich hinzufügen, dass ich die Störung des Vortrags dem Polizeischutz vorziehe.“²

Die gewünschte Einladung wird jedoch nicht ausgesprochen. Stattdessen muss der Gast erleben, dass er nicht öffentlich sprechen kann. Statt im Festsaal der Universität findet die Preisverleihung in einem außerhalb der Stadt gelegenen Institut für Biologie statt – und zwar unter Ausschluss der Studentenschaft und unter Polizeischutz.³

Abstrakt betrachtet, ist diese Geschichte nichts Ungewöhnliches. Ähnliches geschah wahrscheinlich oft während des Mai 1968 und auch in den Monaten danach, ob nun in den Vereinigten Staaten von Amerika, in Frankreich oder in der Bundesrepublik Deutschland. Sieht man genauer hin, hat dieser Vorgang aber doch etwas Besonderes: Man muss ihn vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte sehen, vor dem Hintergrund des „Dritten Reichs“, des Völkermords an den europäischen Juden, aber auch vor dem Hintergrund der deutsch-französischen Beziehungen nach 1949. Denn der Professor, der am 28. November

-
- 1 Heinrich Landahl an Raymond Aron, 11. Juni 1968, in: Archives personnelles Raymond Aron, Karton 80. Der Nachlass wurde in der École des hautes études en sciences sociales in Paris konsultiert. Mittlerweile befindet er sich in der Bibliothèque nationale. Der Brief lässt sich ausfindig machen mit Hilfe von Élisabeth Dutarte: Fonds Raymond Aron. Inventaire. Paris 2007.
 - 2 Raymond Aron an Ludwig Raiser, 18. November 1968 (Durchschlag), ebd. Im Original auf Deutsch.
 - 3 Raymond Aron an Ludwig Raiser, 12. Dezember 1968 (Durchschlag) ebd.

1968 in Tübingen geehrt werden sollte, war nicht irgendjemand. Es war der Philosoph und Soziologe Raymond Aron, der führende französische liberale Denker der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts – ein großer französischer Patriot und außerdem Jude.⁴

Im November 1968, heißt das, konnte ein reformorientierter, weltoffener französischer Gelehrter jüdischer Herkunft an der Universität Tübingen nur abseits des Geschehens und unter Polizeischutz sprechen, weil er von Studenten dazu gezwungen wurde. Der Grund dafür war Arons kritische Haltung zu den Maiereignissen in Paris, die er in mehreren Leitartikeln in der liberalen Tageszeitung *Le Figaro*, in der Broschüre „*La révolution introuvable*“ und in einigen Aufsätzen zur Philosophie der neuen Linken dargelegt hatte.⁵ Die Kinder und Enkel derjenigen Deutschen, die den Nationalsozialismus getragen hatten, versuchten den Vortrag eines französischen Juden zu stören, weil er die liberale Demokratie und die zu ihr gehörenden Verfahrensweisen verteidigte. Darin liegt die eigentliche Bedeutung dieses Vorgangs.

Doch Aron, der ein großzügiges Naturell hatte, sah die Rolle der Tübinger Studenten gar nicht als entscheidend an. Er hatte sogar vor der Preisverleihung in einer Vorlesung mit ihnen diskutiert.⁶ Dass er nicht im Festsaal sprechen konnte, machte ihm wenig aus. Viel mehr als das ärgerte ihn die Laudatio des dafür ausgewählten Tübinger Kollegen Klaus von Beyme, der den Begriff Lobrede recht eigenwillig auslegte.⁷ Beyme hielt es für unnötig, auf die Grundlinien von Arons Denken einzugehen und spitzte die Rede stattdessen auf die Tagespolitik zu. Die schwache Würdigung von Arons Werk diente im Grunde

4 Zu Arons Biographie vgl. Nicolas Baverez: *Raymond Aron. Un moraliste au temps des idéologies*. Paris 1993.

5 Stellvertretend für die vielen Texte, die Aron im Mai 1968 und danach über die Ereignisse verfasste siehe Raymond Aron: *La Révolution introuvable. Réflexions sur la Révolution de Mai*. Paris 1968. Mit seinen Schriften überschritt Aron die Grenze vom bloßen Beobachter zum Handelnden. Siehe dazu ders.: *Mémoires. 50 ans de réflexion politique*. Paris 1983, S. 474. Zu Arons Haltung und Engagement im Mai 1968 im allgemeinen vgl. ebd., S. 471–497; ders.: *Le Spectateur engagé. Entretiens avec Jean-Louis-Missika et Dominique Wolton*. Paris 1981, S. 247–263. Außerdem Baverez: Aron, S. 391–407; Valérie Hannon: *Raymond Aron. Un penseur libéral au Figaro*, in: Siep Stuwemann (Hg.): *Les libéralismes, la théorie politique et l'histoire*. Amsterdam 1994, S. 150–158, hier 156–158; Jean-François Sirinelli: *Deux intellectuels dans le siècle, Sartre et Aron*. Paris 1995, S. 338–345.

6 Klaus von Beyme an Raymond Aron, 2. Dezember 1968, in: *Archives personnelles Raymond Aron*, Karton 80.

7 Eine gekürzte Fassung der Rede findet sich in Klaus von Beyme: *Ein pragmatischer Moralist. Die Laudatio*, in: *Die Zeit* vom 6. Dezember 1968. In der vollständigen Rede verglich Beyme Aron mit Daniel Cohn-Bendit. Siehe dazu Beymes Entschuldigung: „Tief erschüttert über die Nachwirkung meiner Rede. Pointen sind mir doch weniger wichtig als Freunde. Ich werde den Vergleich mit Cohn streichen.“ Klaus von Beyme an Raymond Aron, 30. November 1968 (Telegramm), in: *Archives personnelles Raymond Aron*, Karton 80. Wenige Tage zuvor hatte er schon geschrieben: „[W]enn ich Sie damit kränkte, daß ich Sie mit Cohn-Bendit in einem Atem nannte, so bitte ich dafür um Verzeihung.“ Klaus von Beyme an Raymond Aron, 2. Dezember 1968, ebd.

nur einer Auseinandersetzung mit dessen Urteilen über die Mai-Ereignisse. So warf er Aron vor, zu Beginn des „gaullistischen Regimes“, wie er es nannte, sei dessen „Applaus [...] ein bißchen laut ausgefallen“, und er merkte an, Montaigne und Aron sei „ein gewisses Phlegma gegen die Herrschaftsform, in die sie hineingestellt wurden“, gemeinsam.⁸

Diese politische Kritik verband er mit Angriffen auf Arons Engagement im Mai 1968. Beyme glaubte offenbar, die Studentenunruhen seien aus der sogenannten, rhetorisch viel missbrauchten „Mitte der Gesellschaft“ gekommen. Jedenfalls warf er Aron vor, dieser habe sich mit seiner Kritik an den Studenten von der politischen Mitte isoliert. Auch als Soziologe habe Aron versagt, da er die Studentenbewegung „allzu simpel als ‚Pseudo-Revolution‘ abgetan“ und ihre Bedeutung für die Reform der immobil gewordenen westlichen Gesellschaften nicht erkannt habe.⁹ Dazu ein etwas längeres Zitat von Beyme über Aron:

„Die Intellektuellen werden allzu pauschal für ihren Ideologismus verketzert, dem kubanischen Experiment wird die historische Bedeutung abgesprochen, und allzu leichtfertig wird der ‚Teufel Anarchismus‘ mit dem ‚Beelzebub Marx‘ ausgetrieben und der kommunistische Opportunismus in den Mai-Tagen zu beschönigend als ‚weiser Pragmatismus‘ gefeiert.“¹⁰

Selbst für ein SPD-Mitglied wie Beyme gehörte einiges dazu, Castros Tyrannei als berechtigtes „Experiment“ zu bezeichnen und darüber zu klagen, dass die Kommunistische Partei Frankreichs davon Abstand genommen hatte, mit den revoltierenden Studenten den Aufstand gegen die Fünfte Republik zu wagen.

Diese Aussagen richteten sich also im Grunde selbst. Sie waren ärgerlich für Aron, aber nicht von großer Bedeutung. Wichtiger war ihm ein anderer Aspekt von Beymes Laudatio, nämlich die Absicht des Redners. Denn was war die Rede anderes als eine kaum verhüllte Solidarisierung mit den Tübinger Nachwuchsrevolutionären? So etwas, meinte Aron, habe er schon einmal erlebt. Dem Rektor der Universität Tübingen schrieb er dazu: „Erlauben Sie mir, es Ihnen mit der gleichen Brutalität zu sagen, die er“ – Aron meinte damit Beyme – „mir gegenüber an den Tag gelegt hat: Er hat mich an die deutschen Professoren der 30er Jahre erinnert, die ihre akademische Pflicht verrieten, um die Zustimmung revoltierender (damals also nationalsozialistischer) Studenten zu erhalten.“¹¹

Diese Assoziation hatte Aron nicht nur in Beymes Fall, sondern zuvor schon im Pariser Mai. Tatsächlich liegt hier einer von drei Gründen, aus denen der am 14. März 1905 als Sohn einer Familie des mittleren französischen Bürgertums in Paris geborene Aron auf die Mai-Ereignisse mit kompromissloser Ablehnung

8 Ebd.

9 Siehe ebd.

10 Ebd.

11 Raymond Aron an Ludwig Raiser, 12. Dezember 1968 (Durchschlag), in: Archives personnelles Raymond Aron, Karton 80. Dieses und alle anderen französischsprachigen Zitate wurden vom Verfasser ins Deutsche übersetzt.

reagierte.¹² Nach seinem Philosophiestudium an der Ecole normale supérieure und dem Wehrdienst hatte er, indem er einer Tradition französischer Philosophen der Dritten Republik folgte, dreieinhalb Jahre in Deutschland verbracht – zunächst von Januar 1930 bis September 1931 als Lektor an der Universität Köln und dann bis September 1933 als Stipendiat des Französischen Akademikerhauses in Berlin.¹³ Aron hatte also nicht nur den Aufstieg des Nationalsozialismus hautnah verfolgen können, sondern auch die Machteinsetzung Hitlers und den Beginn der Errichtung einer totalitären Tyrannei.

Diese und andere Erfahrungen in Deutschland hatten einen solchen Einfluss auf Aron gehabt, dass aus dem Sozialisten und entschiedenen Pazifisten ein Liberaler und ein außenpolitischer Realist geworden war, als er im September 1933 nach Frankreich zurückkehrte.¹⁴ In den 1930er Jahren analysierte er die kriegerischen Absichten Hitlers, hielt sich aber mit unmittelbaren politischen Äußerungen weitgehend zurück, um dann in den Jahren 1940 bis 1944 im Londoner Exil als Chefredakteur der Zeitschrift *La France libre* den Kampf gegen den Nationalsozialismus aufzunehmen.¹⁵ Der antitotalitäre und konservative Liberalismus, der Aron nach dem Zweiten Weltkrieg auszeichnete und zum führenden Vertreter der nicht-marxistischen Minderheitsströmung im französischen Intellektuellenmilieu machte, wurzelte tief in seinen politischen und wissenschaftlichen Lehrjahren in der Weimarer Republik.

Im Mai 1968 fühlte er sich an diese Lehrjahre erinnert, auch wenn er die revoltierenden Studenten und die linken Philosophen, die er ins Visier nahm, nicht mit den Nationalsozialisten gleichsetzen wollte. Er sah lediglich zwei Parallelen zwischen den Vorgängen an den französischen Universitäten im Mai 1968 und denjenigen an den deutschen in den letzten Jahren der Weimarer Republik. Die eine betraf, wie gesagt, das Verhalten der Professoren. Klaus von Beyme war für Aron nur der anschaulichste Fall eines größeren Problems, das er schon aus Frankreich kannte.

Als Aron 1944 aus London nach Paris zurückkehrte, verzichtete er zunächst auf eine Universitätskarriere, da sie ihn in die Provinz geführt hätte.¹⁶ Stattdessen wollte er in Paris als Journalist zum politischen Wiederaufbau des Landes beitragen. Das tat er vor allem als Leitartikler für den *Figaro*. 1955 wurde er dann aber doch auf einen Lehrstuhl für Politische Soziologie an der Sorbonne gewählt.¹⁷ Schon damals kam ihm die Welt der französischen Universitäten – ver-

12 Zu Arons Herkunft und Familie siehe Aron: *Mémoires*, S. 9–26.

13 Vgl. dazu Baverez: Aron, S. 53–92; Matthias Oppermann: Raymond Aron und Deutschland. Die Verteidigung der Freiheit und das Problem des Totalitarismus. Ostfildern 2008, S. 37–68.

14 Vgl. Baverez: Aron, S. 93.

15 Vgl. Oppermann: Raymond Aron und Deutschland, S. 141–278.

16 Siehe dazu und zum Folgenden Aron: *Mémoires*, S. 196–249.

17 Siehe ebd., S. 335–337.

glichen mit den englischen und amerikanischen, die er kennengelernt hatte – wie ein Relikt des 19. Jahrhunderts vor.¹⁸ Den Ordinarien, den sogenannten „Mandarin“en“, stand er skeptisch gegenüber. Von ihrer eigenen Allmacht betört, nahmen sie die Studenten überhaupt erst nach dem Abschluss der „licence“, also nach dem dritten Studienjahr zur Kenntnis. Aus diesem und anderen Gründen setzte sich Aron seit den 1950er Jahren für Universitätsreformen ein, freilich ohne Erfolg. Die Selbstgerechtigkeit der „Mandarin“en war das eine, was Aron an der französischen Universität verzweifeln ließ, das andere war die politisch gewollte Entwicklung zur Massenuniversität. Im Januar 1968 ließ er die Sorbonne desillusioniert hinter sich und zog sich an die *École pratiques des hautes études* zurück. Da er dort nur noch Doktoranden zu betreuen hatte, entkam er den nun an den großen Universitäten herrschenden Zuständen.¹⁹ Mit seinen Forderungen nach der Reform der französischen Universität stand Aron weitgehend allein. Die „Mandarin“en – ganz gleich welcher politischen Richtung sie zuneigten, aber in der Regel standen sie links – sahen keinen Grund, etwas zu ändern.

Dann aber kam der Mai 1968. Und plötzlich stellten sich manche derjenigen, die bislang jede Änderung abgelehnt hatten, auf die Seite der Studenten. Die „schlimmsten Konservativen“, so sagte Aron, ließen sich nun von der Welle mitreißen.²⁰ So wie Beyme in Tübingen biederten sich viele französische Professoren bei den Studenten an, ließen sich von der Feierstimmung anstecken. Manche Professoren scheuten sich nicht einmal, den Studenten auch in den Umgangsformen entgegenzukommen: Studenten und Lehrende, die sich plötzlich beim Vornamen nannten und duzten, boten in Arons Augen ein besonders unwürdiges Schauspiel – vor allem weil die Beziehungen zwischen Studenten und Professoren in Frankreich traditionell besonders förmlich gewesen waren, weit mehr als in den angelsächsischen Ländern, weit mehr sogar als in Deutschland:

„Was mir im Mai 1968 wirklich gegen den Strich ging und mich zu manchen Malen außer Fassung brachte, das waren nicht die Studenten [...], sondern die Feigheit so vieler Mitglieder des Lehrkörpers, die bei diesem Mummenschanz mittaten [...]. Was mich niederdrückte, war das Spektakel, das vor unseren Augen abrollte, wie Plato es in der *Politeia* beschrieben hat: der Niedergang der Demokratie; die Erwachsenen benehmen sich wie Kinder und die Kinder spielen erwachsen.“²¹

18 Siehe dazu und zum Folgenden ebd., S. 338 f., 471 f. Vgl. außerdem Nicolas Baverez: Raymond Aron. *Qui suis-je?*. Paris 1986, S. 32–36.

19 Siehe Aron: *Mémoires*, S. 342. Vgl. ders.: *Spectateur*, S. 247 f.

20 Raymond Aron an Ludwig Raiser, 12. Dezember 1968 (Durchschlag), in: *Archives personnelles Raymond Aron*, Karton 80. Vgl. dazu Aron: *La Révolution introuvable*, S. 12.

21 Ders.: *Zeuge und Kritiker des Geschehens*, in: *Verleihung des Goethepreises der Stadt Frankfurt am Main an Raymond Aron am 28. Mai 1979 in der Paulskirche*. Hg. vom Dezernat Kultur und Freizeit der Stadt Frankfurt am Main. Frankfurt am Main 1980, S. 19–24, hier 21. Siehe dazu ders.: *Spectateur*, S. 253.

Aron kam das alles wie ein großer „revolutionärer“ oder „studentischer Karneval“ vor.²² Er konnte weder die den Aufstand probenden Studenten noch die sich mit ihnen verbrüdernden Hochschullehrer ernst nehmen. Bedeutsamer war aus seiner Sicht die Art, wie die „68er“ mit denjenigen unter den Professoren umgingen, die sich diesem Spektakel verweigerten. Und damit kommen wir zum zweiten der drei Gründe, aus denen Aron so entschieden Position gegen die sogenannte „Studentenrevolution“ bezog.

Auf formaler Ebene kann man Arons Reaktion ähnlich erklären, wie diejenige Edmund Burkes auf die Französische Revolution.²³ In beiden Fällen stellte sich ein reformorientierter Geist auf die Seite der bestehenden Ordnung, weil er glaubte, dass ihre liberalen Institutionen durch eine gewaltsame und ideologische Revolution unwiederbringlich zerstört werden könnten. Im Mai 1968 war Aron wie Burke im Jahr 1790 gleichzeitig liberal und gegenrevolutionär.

Auch hier spielte für Aron die Erinnerung an die 1930er Jahre eine Rolle. Hatten am Ende von Weimar nicht auch nationalistische oder gar nationalsozialistische Studenten jüdische oder andersdenkende Professoren daran gehindert, ihre Vorlesungen zu halten? Zumindest einen solchen Fall hatte Aron 1932 von Berlin aus für eine französische Zeitschrift beschrieben.²⁴ Der aggressive, konfrontative Stil der „68er“ rief ihm diese Zeit wieder ins Gedächtnis. Noch ein Jahr später schrieb er empört in einem Aufsatz über die Freiheitsidee der Neuen Linken vom Fall eines Dekans in Nanterre, der hundert Mal sein Leben in der Résistance riskiert habe und von den jungen Revolutionären als SS-Mann bezeichnet worden sei.²⁵

Die Universität war für Aron ein Ort gemeinsamer Wahrheitssuche, nicht der politischen Auseinandersetzung – und ganz besonders nicht, wenn die Auseinandersetzung in inhumaner und unaufgeklärter Weise erzwungen werden sollte. Aron konnte die Verletzung des akademischen Anstands durch die revoltierenden Studenten nur schwer ertragen. Als er 1981 in einem Interview von zwei linken französischen Journalisten gefragt wurde, ob die Studenten im Mai 1968 denn nicht einfach nur dieselben Reformen gefordert hätten, für die er sich immer eingesetzt habe, fiel seine Antwort kompromisslos aus: Er glaube nicht daran, dass sie *dieselben* Forderungen gestellt hätten. Wenn aber doch, dann hätten sie es jedenfalls nicht *im selben Geiste* getan.²⁶

22 Ders.: La Révolution introuvable, S. 15; ders.: Mémoires, S. 476.

23 Bertrand de Jouvenel hat festgestellt, die „Aushöhlung höflicher Umgangsformen in der Französischen Revolution“ sei „die eigentliche Erklärung für die heftige Reaktion Burkes“ gewesen. Bertrand de Jouvenel: Reine Theorie der Politik. Neuwied/Berlin 1967 (engl. 1963), S. 231.

24 Siehe Raymond Aron: Nouvelles perspectives allemandes, in: Europe 28, 110 (1932), S. 295–305, hier 298.

25 Siehe ders.: Liberté, libérale ou libertaire? (1969), in: ders.: Études politiques. Paris 1972, S. 235–274., hier 272 f.

26 Siehe ders.: Le Spectateur engagé, S. 249.

Das führt mich zum dritten Grund für Arons Stellungnahmen im Mai 1968: die Geisteshaltung der Revolutionäre. Der Stil war nicht alles; wichtiger war für Aron natürlich, was diese jungen Leute aus bürgerlichen Elternhäusern dazu trieb, der französischen Universität und sogar der Fünften Republik den Fehdehandschuh hinzuwerfen. Es kann hier nicht ausführlich auf Arons Analyse der Ursachen der „Studentenrevolution“ in Frankreich und in den westlichen Demokratien insgesamt eingegangen werden. Nur so viel: Aron sah die Ursache der Krise in einer weit verbreiteten Enttäuschung über die Konsumgesellschaft. Hinzugekommen sei der überall anzutreffende Gegensatz der Hoffnungen vieler junger Menschen und der tatsächlichen oder vermeintlichen Unbeweglichkeit der Regierenden.²⁷

Beides – die Enttäuschung und die Hoffnungen – hatte jedoch auch eine ideale Komponente. Enttäuschung und Hoffnung entstanden aus Arons Sicht aus einem problematischen philosophisch-politischen Denken. Damit meinte er die Ideologie der Neuen Linken, die ihre Ursprünge zum einen in den Vereinigten Staaten, zum anderen in Frankreich hatte.²⁸ Anders als Jürgen Habermas, der selbst vielleicht einiges zur Entstehung dieser Neuen Linken beigetragen hatte, ließ sich Aron nicht dazu hinreißen, von einem „linken Faschismus“²⁹ zu sprechen. Der Stil eines kleinen Teils der Studenten mochte „faschistische“ Züge tragen, ihre Ideologie tat es nicht.³⁰ Vielmehr handelte es sich um ein Denken, in dem sich der Marxismus mit anderen Einflüssen mischte. Wengleich Aron es nicht für einfach hielt, die diversen ideologischen Versatzstücke zu entwirren, glaubte er, einiges davon aus der Weimarer Republik zu kennen, nämlich die Elemente eines freudianisch-hegelianisch-existentialistischen Marxismus.

Das marxistische oder paramarxistische Denken der Studenten tauchte in den 1960er Jahren nicht aus dem Nichts auf. In Frankreich wurde es aus Arons Sicht durch die intellektuellen Debatten der Nachkriegszeit vorbereitet, die ihn an die Auseinandersetzungen der deutschen Linksintellektuellen in der Weimarer Republik erinnerten. Insofern war die französische Philosophie der Zeit nach 1945 für ihn eine „hyperbolische Wiederholung der deutschen Philosophie“³¹.

27 Siehe dazu allgemein und ausführlich ders.: *La Révolution introuvable*.

28 Zur Neuen Linken vgl. Arthur Hirsch: *The French New Left. An Intellectual History from Sartre to Gorz*. Boston 1981, S. 137–235; Gerd Langguth: *Protestbewegung. Entwicklung – Niedergang – Renaissance. Die Neue Linke seit 1968*, 2. Aufl. Köln 1984; Paul Lyons: *New Left, New Right, and the Legacy of the Sixties*. Philadelphia 1996.

29 Zit. nach Gerd Langguth: *Mythos '68. Die Gewaltphilosophie von Rudi Dutschke – Ursachen und Folgen der Studentenbewegung*. München 2001, S. 84.

30 Siehe dazu die Einleitung zu Raymond Aron: *Marxismes imaginaires. D'une sainte famille à l'autre*. Nachdr. der 2. Aufl. von 1970 Paris 1998 (erstmalig 1969 als: *D'une Sainte Famille à l'autre. Essai sur les marxismes imaginaires*), S. 20.

31 Luc Ferry/Alain Renaut: *La pensée 68. Essai sur l'anti-humanisme contemporain*. Taschenbuchausgabe Paris 1988, S. 60.

Bis 1933 sei Deutschland „das geistige Vaterland des Marxismus“ gewesen.³² In Deutschland hätten sich nicht nur die Doktrin der Zweiten Internationale, sondern auch „diverse Schulen“ entwickelt, die „sich auf unterschiedliche Weise auf Marx und Freud beriefen“. Nach 1945 sei dann Paris zur Hauptstadt der „marxistischen Bewegung“ geworden.³³ Vor allem Louis Althusser hatte großen Einfluss auf die Ideen der revoltierenden Studenten. Die „althussériens“ stellten für Aron eine französische Version der Neuen Linken dar, die gleichermaßen den Humanismus und den Historizismus von Karl Marx leugnete.³⁴

Von dieser französischen Besonderheit einmal abgesehen, suchte Aron die ideologischen Wurzeln der „pensée 68“³⁵ aber vor allem im Denken der Frankfurter Schule. Vor allem Herbert Marcuse, der sich zeitlebens als deutscher Intellektueller verstand, habe mit seiner um die Begriffe „Repression“ und „Manipulation“ kreisenden paramarxistischen Philosophie Einfluss auf die Studentebewegung ausgeübt.³⁶ Die ideologische Sprache des Mai 1968 habe die Themen von Marcuses kulturkritischen Büchern wiederaufgenommen und popularisiert.³⁷

Freilich wollte Aron nicht behaupten, die Studenten, besonders die radikalen unter ihnen, hätten über eine umfassende Ideologie verfügt. Marcuse habe ihnen aber doch zumindest die Parolen für einen „Pseudo-Marxismus“³⁸ geliefert, der an das linke Denken der Weimarer Republik Anschluss gefunden habe. Er scheine eine Revolte gegen die liberale und merkantile Zivilisation des Westens zu rechtfertigen, zumal er sich nicht länger mit der originär marxistischen Idee der revolutionären Rolle des Proletariats belaste. Angesichts eines ständigen Wachstums der Wirtschaft im „Kapitalismus“ und der Mängel der sowjetischen Gesellschaft sei Marcuse nichts anderes übrig geblieben, als die ökonomisch-soziale Kritik des Marxismus durch eine kulturelle Kritik an

32 Dazu und zum Folgenden: Collège de France, *Le Marxisme de Marx. Cours dactylographiés*, 4. Januar 1977, S. 7, in: Archives personnelles Raymond Aron, Karton 32

33 Zu den verschiedenen Richtungen des französischen Nachkriegsmarxismus vgl. Mark Poster: *Existential Marxism in Postwar France. From Sartre to Althusser*. Princeton 1975.

34 Siehe Raymond Aron: *Althusser ou la lecture pseudo-structuraliste de Marx*, in: ders.: *Marxismes imaginaires*, S. 175–323, hier 307, 322. Zu Althussters Antihumanismus vgl. Hirsh: *French New Left*, S. 163–167.

35 Ferry/Renaut: *Pensée 68*.

36 Aron: *Liberté, libéralité ou libertaire*, S. 265 f. Zu Marcuses Einfluss vgl. Leszek Kołakowski: *Die Hauptströmungen des Marxismus. Entstehung – Entwicklung – Zerfall*. 3 Bde. München 1977–1979 (poln. 1976–1978), Bd. III, S. 431.

37 Siehe Aron: *Mémoires*, S. 483. Siehe dazu Herbert Marcuse: *Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft* (Herbert Marcuse, Schriften, 7; engl. 1964). Frankfurt am Main 1989. Vgl. zu diesem Buch Kołakowski: *Hauptströmungen*, S. 442–446.

38 Für eine Diskussion über diesen „Pseudo-Marxismus“ siehe Raymond Aron/Herbert Marcuse: „Something To Say“. Interview by Bryan Magee. Transmitted 12.6.1972. Thames Television Series (Typoskript), S. 16–18.

der wissenschaftlich-technischen Zivilisation zu ersetzen.³⁹ In Arons Augen war das eine zweifelhafte Verkehrung des Marxismus. Marcuse lehnte mit der „Großen Weigerung“, wie er es nannte, die liberale Moderne ab, ohne etwas Positives dagegen zu setzen.⁴⁰

Ob nun beim trotzkistischen „Studentenkarneval“ in Paris, bei den SDS in Berkeley oder beim SDS in Frankfurt – eines hatten die revoltierenden Studenten verschiedener Länder und Richtungen Aron zufolge gemeinsam: den mit Marx und Mao in Verbindung gebrachten und aus dem Werk Marcuses entnommenen Antimodernismus, der unterschiedliche Folgen haben konnte.⁴¹ Dazu Aron wörtlich: „An einem Ende drohen die drei M (Marx, Mao, Marcuse) die Söhne der Bourgeoisie bis zur Baader-Meinhof-Bande und zur Stadtguerilla zu führen; am anderen Ende führen sie sie zur Ökologie, zur Rückkehr zur Erde, zu den Hippies.“⁴²

Gleichwohl wäre Aron nie auf die Ideen gekommen, in Marcuses Werk die einzige Ursache der Unruhen in verschiedenen Ländern zu sehen. Er ging auch nicht so weit, Marcuse vorzuwerfen, die „Studentenrevolution“ mit voller Absicht herbeigeschrieben zu haben. Während der „heißen Wochen des Mai 1968“, schreibt Aron in seinen Memoiren, hätten sich die studentischen „Revolutionäre“ auf Marcuse berufen, ohne ihn wirklich gelesen zu haben. Und die deutschen und italienischen Terroristen hätten der „Großen Weigerung“ einen Sinn gegeben, die der ehemalige Assistent Martin Heideggers nicht gutgeheißen hätte.⁴³

Und doch war der in Berkeley lehrende Marcuse für Aron nicht völlig von den Folgen der Studentenrevolution freizusprechen, wie er im Mai 1968 in einem Vortrag vor der Unesco zum 150. Geburtstag von Karl Marx spöttisch andeutete. Die Doktrin der permanenten Revolution, sagte er dort, sei schon vor langer Zeit vom Tribunal der Geschichte verurteilt worden: „Vielleicht ist mein Kollege Herbert Marcuse hier eine Ausnahme; er, dessen revolutionärer Glaube nichts von seiner Frische eingebüßt hat, der alle Reize Kaliforniens genießt, und dessen Berliner Schüler zum Sturm auf universitäre Bastillen blasen und eine friedfertige Gesellschaft vorbereiten, indem sie ihre Professoren aus dem Fenster stürzen.“⁴⁴

39 Siehe Aron: *Liberté, libérale ou libertaire?*, S. 249.

40 Ebd.

41 Siehe *École pratiques des hautes études, Séminaires consacrés à l'idéologie. Textes dactylographiés, Séminaire du 2 octobre 1970. Intervention de Raymond Aron*, S. 5, in: *Archives personnelles Raymond Aron*, Karton 15.

42 Aron: *Mémoires*, S. 484. Siehe auch ders.: *Liberté, libérale ou libertaire?*, S. 246 f.

43 Aron: *Mémoires*, S. 417.

44 Ders.: *Équivoque et inépuisable* (1969), in: ders.: *Marxismes imaginaires*, S. 325–345, hier 327.

Wer wie Aron die 1930er Jahre erlebt hatte, konnte die Philosophie Marcuses, die Aufforderung, sich der liberalen westlichen Zivilisation zu verweigern, wohl nicht ohne Bedenken betrachten. Diese Skepsis traf nicht nur Marcuse. In Wirklichkeit erstreckten sich Arons Bedenken auf die gesamte Frankfurter Schule. Dass er seit den 1970er Jahren die Ansicht vertrat,⁴⁵ die Vertreter dieser Schule hätten ihre Verantwortung in der Weimarer Republik nicht wahrgenommen, hatte auch mit den Turbulenzen des Mai 1968 zu tun. Anfang der 1970er Jahre tauschte sich Aron darüber mit Karl Popper aus, und es ist schwer zu sagen, wer von beiden die Frankfurter mehr verachtete.⁴⁶

Was Aron betrifft, so war er jedenfalls der Ansicht, das Denken der Frankfurter Schule habe zu einer „Krise des Irrationalismus“ beigetragen, die zu den Mitauslösern der „Studentenrevolution“ gehörte. Dass Adorno selbst unter den revoltierenden Studenten zu leiden hatte, war da nur eine ironische Volte der Geschichte. Wichtiger war in Arons Augen, dass Adorno ebenso wenig wie Marcuse zu einem Befürworter der liberalen Demokratie geworden war. Die Vertreter der Frankfurter Schule hatten Aron zufolge nichts aus den totalitären Experimenten des Jahrhunderts gelernt. Seine Verurteilung der Frankfurter Schule war mindestens ebenso sehr politischer wie wissenschaftlicher Natur. Seine Ablehnung der Schule war – wie sein Engagement gegen die „Studentenrevolution“ und die Neue Linke insgesamt – abgeleitet aus seinem Eintreten für den Liberalismus, also aus der ihn stets motivierenden Absicht, die Freiheit zu verteidigen.⁴⁷

Die liberale Ordnung verteidigen hieß für Aron, daran zu erinnern, dass sie nicht nur auf der Anerkennung des Rechts, sondern auch auf der Achtung vor respektablen Autoritäten beruhte.⁴⁸ Die Kirche, die Armee, die Schule und die Universität – das waren Institutionen, ohne die die liberale Demokratie nicht auskommen konnte, auch wenn sie in gewissen Grenzen den demokratischen Regeln entzogen bleiben mussten. Aron näherte sich im Mai 1968 und danach immer mehr Alexis de Tocqueville an.⁴⁹ Der normannische Aristokrat war schon vorher eine seiner wichtigsten Referenzen gewesen, nun nannte Aron ihn „mon maître“.⁵⁰ Tocqueville, der in der Julimonarchie zum linken Zentrum gehört

45 So Aron in der 1978 geschriebenen Einleitung zu ders.: *La sociologie allemande contemporaine*. 4. Aufl. Paris 1981 (erstmalig 1935), S. XV. Vgl. auch ders.: *Mémoires*, S. 86; ders.: *Liberté, libérale ou libertaire*, S. 270 f.

46 Vgl. Oppermann: *Aron und Deutschland*, S. 416–418.

47 Siehe dazu zum Beispiel Aron: *Liberté, libérale ou libertaire?*, S. 271.

48 Siehe ebd., S. 272.

49 Vgl. Stuart L. Campbell: *The Tocquevillian Liberalism and Political Sociology of Raymond Aron*, in: *The Historian* 53 (1991), S. 303–316, hier 314 f.

50 Aron: *La Révolution introuvable*, S. 30.

hatte, war den Revolutionären im Februar 1848 wie ein Reaktionär erschienen.⁵¹ Geprägt durch die Revolutionserfahrung seiner Familie hatte er Versuchen gewaltsamer Veränderungen ebenso skeptisch gegenübergestanden wie der durch die nationalsozialistische Revolution sensibilisierte Aron. Auch deshalb verglich letzterer sein Engagement im Mai 1968 mit Tocquevilles Haltung zur Februarrevolution.⁵²

Daraus kann man nicht schließen, dass Aron politisch nach rechts gerückt wäre. Er veränderte seinen Standort und seine Prinzipien ebenso wenig wie Tocqueville im Jahre 1848. Aber er vergaß die Lehren aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts nicht und sah in den studentischen „Revolutionären“ Feinde des Liberalismus. Seit den 1930er Jahren war Aron ein antirevolutionärer Liberaler. Nach dem Mai 1968 war er es mehr denn je.

-
- 51 Zu Tocquevilles Entscheidung für einen Platz in der linken Mitte der Abgeordnetenkammer vgl. Jean-Louis Benoît: *Tocqueville. Un destin paradoxal*. Taschenbuchausg. Paris 2013, S. 324–326. Zu seiner Haltung zur Revolution von 1848 vgl. André Jardin: *Alexis de Tocqueville. Leben und Werk*. Lizenzausgabe Darmstadt 1991 (frz. 1984), S. 345–375.
- 52 Siehe dazu Raymond Aron: *Immuable et changeante*, in: *Le Figaro* vom 29. Mai 1968; ders.: *La Révolution introuvable*, S. 23, 29 f., 134.